

### 3. V10NEU Der Wasserkrise jetzt entschlossen entgegenzutreten

Gremium: 48. Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 29.04.2023

Tagesordnungspunkt: 8. Cluster 3 Klima, Umwelt

#### Antragstext

1 Der Kreistag Potsdam-Mittelmark hat im vergangenen Jahr mit einer Arbeitsgruppe  
2 die  
3 Wassersituation im Landkreis beraten und Anfang dieses Jahres in einem Bericht  
4 veröffentlicht. Die Ergebnisse sind alarmierend, denn seit 2017 haben sinkende  
5 Grundwasserspiegel, vermehrte Verdunstung und weniger Regen dazu geführt, dass  
6 keine Grundwasserneubildung mehr stattfindet. **Als eine weitere Folge des  
menschengemachten Klimawandels führt dies zu einer Wasserkrise, der  
entschlossen zu begegnen ist.**

7 Die LDK möge daher beschließen:

8 Sinkende Grundwasserstände und geringe Niederschläge gehören im Land Brandenburg  
9 zu den frühen Auswirkungen der Klimakrise. Die Landesregierung und der Landtag  
10 werden aufgefordert, noch in der laufenden Legislaturperiode grundlegende  
11 Änderungen  
12 an der das Wasser betreffenden Gesetzgebung und insbesondere am Niedrigwasser-  
konzept herbeizuführen.

13 Unter anderem sollten folgende Maßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden:

14 1. Die Grundwasserdaten und Wasserentnahmedaten sollen durchgängig und für jeden  
15 transparent öffentlich dargestellt werden, um damit die dramatischen  
16 Veränderungen  
17 besser lokalisierbar zu machen. Das geeignete Instrument dazu ist das  
18 elektronische  
19 Wasserbuch sowie die Auskunftsplattform Wasser. Notwendige Schnittstellen sind  
20 durch  
21 die Landesregierung zur Verfügung zu stellen und mit Wasserbehörden sowie  
Wasserversorgern abzustimmen. Bisher existieren keine einheitlichen  
Schnittstellen  
zwischen den verschiedenen Systemen der Unteren Wasserbehörden. Zum Teil werden  
die Daten händisch und auch doppelt erfasst.

22 2. Die Grundwasserlage und die Situation der Oberflächengewässer sind sehr ernst  
23 und  
24 lokal teils dramatischen Veränderungen unterlegen. Deshalb muss die Landnutzung  
25 umgehend verändert und grundwasserschützende Maßnahmen eingeleitet werden, u.a.  
folgende:

- 26 • flächendeckende Vegetation
- 27 • kleinteiligere Strukturen
- 28 • Reduzierung der Flächenversiegelung
- 29 • Reform der Agrarförderung hin zur ökologischer, wasserhaltender und  
wassersparender Landwirtschaft, wie bspw. Agroforst und pfluglose  
Bodenbearbeitung

30 3. Die Gewässer- und Anlagenunterhaltung muss reformiert werden u.a. durch

- 31 • Gräbenverfüllungen und eine konzeptionelle Vereinfachung von  
Stauumgestaltungen
- 32 • Vereinheitlichung der Stauhaltung durch gleiche Winter- und Sommerstau
- 33 • gezielter und unbürokratischer Einsatz von EU-Mitteln für Stauerneuerungen
- 34 • Verzicht auf Planfeststellungen
- 35 • Förderung des Wassermanagements in den Wasser- und Bodenverbänden zur  
gezielten Verbesserung des Landschaftswasserhaushalts

36 4. Begleitender und beschleunigter Waldumbau

- 37 • auf Hochflächen, um die Grundwasserneubildung zu fördern
- 38 • jeden Tropfen Wasser zurückhalten und dem Grundwasser zuführen

39 5. Schaffung von rechtlichen Grundlagen, um die alternative Nutzung von  
40 Grauwasser

sowie Mehrfachnutzung stärker in den Vordergrund zu stellen. Das betrifft auch die Wassernutzung in der Industrie, die idealerweise im Kreislauf geführt werden sollte. Darüber hinaus soll die Nutzung wertvoller Abwasserressourcen, u.a. Klarwasserabläufe aus Kläranlagen, zur Stabilisierung des

Landschaftswasserhaushalts durch Stauhaltung erreicht werden, statt diese wie bisher einfach abzuleiten.

41 6. Einrichtung von natürlichen Rückhalteräumen zur Aufnahme von Niederschlägen,  
42 verpflichtende Rückhaltung von Dachflächenabflüssen mit grundsätzlicher Trennung  
43 vom  
44 Kanalisationsnetz und verpflichtende Prüfung der Versickerung von  
45 Niederschlagsabflüssen bei den Straßenplanungen des Landes. Dies muss Vorrang  
haben vor Kanalbau und Ableitung

46 7. Reform der Regelung in Par. 40 Bbg. WG Die Annahme einer Quote von 93% zur  
47 wiedereingeleiteten Wassermenge bei offener Beregnung, z.B. in der  
48 Landwirtschaft, ist aufgrund der gestiegenen Lufttemperaturen und der damit  
49 höheren Verdunstungen, nicht mehr zeitgemäß. Prüfung und Kontrolle der  
installierten Förderaggregate der Brunnen zur Beregnung (in der Landwirtschaft)  
mit den angegebenen und erfassten Grundwasserentnahmemengen  
(Plausibilitätskontrolle)

8. Aktualisierung der Wasserentnahmeentgelte für Landwirtschaft, Industrie und  
Gewerbe mit dem Ziel, die Lenkungswirkung für eine sparsame Wasserentnahme zu  
erhöhen. Der Einsatz des Entgeltaufkommens sollte zweckgebundenen für Maßnahmen  
des Gewässerschutzes verwendet werden.

50 9. Unterstützung von Fassadenbegrünungen und dem Bau von vertikalen PV-Elementen  
51 an Gebäuden zur ganzjährigen Stromerzeugung.

52 10. Erstellung eines Zukunft-Konzepts für Schwammstädte

53

54 11. Prüfung, inwiefern eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land  
Brandenburg (KAG) dahingehend möglich ist, dass Gemeinden die Wassergebühren  
unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße linear staffeln können. Dadurch kann  
ein Anreiz zum sparsamen Wasserverbrauch gesetzt und übermäßiger Verbrauch  
eingeschränkt werden.